

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 15 (1995)  
**Heft:** 30

**Artikel:** Waffen und Kriege in Ex-Jugoslawien : Waffenmärkte - Materialien zur politischen Ökonomie des Krieges  
**Autor:** Lock, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-652334>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Waffen und Kriege in Ex-Jugoslawien

### Waffenmärkte – Materialien zur politischen Ökonomie des Krieges

Vier Jahre lang wüthen unerbittliche Kriege im Kerngebiet des ehemaligen Jugoslawiens, wo 500 000 Männer oder mehr die Uniform von mindestens sechs Armeen<sup>1</sup> tragen, die sich intensiv am Kriegsgeschehen beteiligen. Als unmittelbare Folge des Krieges und des verhängten Wirtschaftsembargos gegen die jugoslawische Föderation (Serbien und Montenegro) ist die industrielle Produktion auf weit unter die Hälfte des Vorkriegsstandes gesunken; in Dalmatien ist der Hauptwirtschaftszweig, der Tourismus, zum Erliegen gekommen. Ein Waffenembargo der internationalen Staatengemeinschaft, so behauptet es eine hartnäckige Legende, zielt darauf, den Kriegsparteien das Kriegsgerät vorzuenthalten. Sie hat in diesem Fall einen aufwendigen, mit Hightechgerät ausgerüsteten Kontrollkordon um das Kriegsgebiet gelegt,<sup>2</sup> um die Einhaltung eines Waffenembargos für das gesamte Gebiet sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie hat sich das Kriegsgemetzel im vierten Jahr alimentiert? Denn dies geschah augenscheinlich in einem solchen Maße, daß bislang alle Kriegsparteien mehr oder weniger in der Fortsetzung des Krieges den eigenen Vorteil sahen. Eine einschneidende ökonomische Erschöpfung der Kriegspotentiale scheint nicht absehbar zu sein. Und wie erklärt man den kontinuierlichen Nachschub? Wenn das Embargo augenscheinlich eine Legende ist, was ist die Realität hinter dieser Fassade? Hypothesen für eine politische Ökonomie des Kriegsgeschehens setzen voraus, daß man ein annähernd genaues Bild des Krieges hat. Bereits hier jedoch sind ernsthafte Zweifel angebracht. Das Bündel der täglich angebotenen Informationen ist eine geschichtslose Momentaufnahme, ein Zerrbild, aber es absorbiert unsere politische Energie.

Dieses Zerrbild wird in der Regel von Kriegsakteuren manipuliert. Kriege werden zu einer Vorführung. Ziel der medialen Vorführung von Krieg<sup>3</sup> ist es, vermeintliche Handlungszwänge und Parteinahme zu provozieren. Dies macht es objektiv schwierig, auf der Suche nach friedlicher Konfliktlösung unsere tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten zu analysieren und abzuwägen, oder um im Bild zu bleiben, hinter die Kulissen der medialen Vorführung "Krieg" zu schauen. Selten gelingt es, über den Strom dramatischer Aktualitäten hinaus nachzufragen, nach Ursachen zu suchen. Die herrschende Sprachregelung<sup>4</sup> blendet die Vorgeschichte, die Rolle menschlichen Fehlverhaltens aus, indem für die Ereignisse Vulkanausbruch und Krieg die gleichen Vokabeln verwendet werden.

Auch das geschundene Sarajewo<sup>5</sup> ist Schauplatz einer kriegsstrategischen Inszenierung. Galt es doch seitens der bosnischen Regierung zu erreichen, daß die UNO praktisch den militärischen Schutz der Stadt übernimmt, um die eigenen Truppen verstärkt in Zentralbosnien und weiter im Norden offensiv

einzusetzen bzw. den vorgeblich abtrünnigen Abdic in Bihac zu disziplinieren, dessen Vergehen vor allem darin bestand, einen schlitzohrigen Interessenausgleich mit allen ethnischen Fraktionen in seiner Region gefunden zu haben.<sup>6</sup> Objektiv ist die Tragödie Sarajewos auch ein Element der bosnischen Kriegsstrategie, die die UNO und internationalen Hilfsorganisationen vereinnahmt hat. Wieviel des Leidens mit Zynismus dulgend hingenommen und medienwirksam verpackt wurde, ist schwer zu ermitteln. Aber es ist dem zeitweiligen Kommandeur der UN-Truppen General Rose zuzustimmen, wenn er feststellt, daß die UNPROFOR zu keinem Zeitpunkt eine friedenssichernde Funktion erfüllt hat.<sup>7</sup> Die Truppen waren dazu verdammt,<sup>8</sup> ein Minimum an humanitären Hilfeleistungen zu ermöglichen. Diese Alimentierung war aber auch instrumentell von Belang für die verbissene Fortführung des Kriegsgemetzels; es gibt Stimmen, die sagen, daß dies sogar im doppelten Sinne zutrifft und Hilfsgüterlieferungen gelegentlich auch der Munitionsversorgung dienten.

### **Die militärische Ausgangslage und die Rüstungsindustrie**

Der Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform im Sommer 1948 leitete die Gratwanderung des Titoismus auf einem "Dritten Weg" ein. Er hatte weitreichende Folgen für die Entwicklung des *militärischen Sektors* in Jugoslawiens. Anknüpfend an die Erfahrungen des Partisanenkrieges setzte sich die Doktrin der totalen nationalen Verteidigung durch; Jugoslawien wollte keinem Militärbündnis angehören. Der sowjetische Einmarsch 1968 in Prag hat die Investitionen und Planungen für eine totale nationale Verteidigung nochmals verstärkt. Die Doktrin sah zwei militärische Formationen vor: die jugoslawische Volksarmee und die territorialen Verteidigungskräfte.

Während die Volksarmee einen überlegenen Angreifer möglichst lange aufhalten sollte, war die Territorialverteidigung darauf ausgerichtet, dezentral und über lange Zeiträume eine Besetzung des Landes zu verhindern bzw. dauerhaft zu stören. Es bestand die Vorgabe, Waffen und Nachschub für die Territorialverteidigung breit gestreut in einem solchen Umfange zu dislozieren, daß militärischer Widerstand über eine Zeitraum von sechs Jahren ohne neuen Nachschub möglich wird. Daher war das ganze jugoslawische Territorium übersät mit eingelagertem Infantriegerät, das im Verteidigungsfall an regional und lokal, auch betrieblich organisierte Einheiten der Territorialverteidigung verteilt werden konnte. Die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 16-65 Jahre unterstand der Wehrpflicht und mußte je nach Alter und Qualifikation entweder als Reservisten in der Volksarmee (ca. 200 000 in Friedenszeiten) oder in Einheiten der Territorialverteidigung dienen. Bereits in der Schule waren militärische Übungen Pflicht.<sup>9</sup> Für die Ausgangslage der Kriege bedeutet dies, daß der überwiegende Teil der in Frage kommenden Bevölkerung im Umgang mit Infantriewaffen ausgebildet war und daß eine geradezu aberwitzige Menge militärischen Gerätes in den Lagern der Volksarmee zur Verfügung stand. Der Munitionsvorrat allein

wurde auf 250 - 300 000 t geschätzt.<sup>10</sup>

Im ersten Jahrzehnt der politischen Gratwanderung zwischen Ost und West erhielt Jugoslawien für 3 Milliarden US \$ Waffen aus dem Westen, vor allem den USA. Grundsätzlich wurde aber die Industrie darauf ausgerichtet, die Versorgung der militärischen Formationen umfassend sicherzustellen. Dabei bediente man sich entweder des Nachbaus oder der Lizenzfertigung westlicher und sowjetischer Waffen und Ausrüstungsgegenstände. Der Ausbau der Rüstungsindustrie folgte einem Strukturmuster, das auch in anderen westeuropäischen Ländern die Entwicklung dieses Sektors bestimmt hat. Der Ausbau erfolgte in wirtschaftlich und industriell weniger entwickelten Regionen, was bedeutete, daß sich der überwiegende Teil der Produktionskapazitäten 1990 in Serbien und Montenegro sowie Bosnien-Herzegowina konzentrierte.

Weiterhin war bei der breiten Produktpalette und dem finanziell beschränkten Inlandsbedarf die Forcierung von *Rüstungsexporten* geradezu zwingend. Daher wurde Jugoslawien in den achtziger Jahren zu einem relativ bedeutenden Rüstungsexporteur,<sup>11</sup> der seine technologische Mittelmäßigkeit durch politische Skrupellosigkeit bei der Wahl seiner Abnehmerländer kompensiert hat. Hierbei mögen die multi-ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und die herausragende Rolle Titos in der Organisation der blockfreien Staaten sehr nützlich gewesen sein, besonders zur Erschließung zahlungskräftiger arabischer Märkte (Algerien, Irak, Ägypten, Libyen, Saudi Arabien, Kuwait, aber auch Indien und Burma).

Für die Ausgangslage bedeutet dies, daß vor allem die serbische Seite über vielfältige rüstungsindustrielle Kapazitäten verfügt, zumal die jugoslawische Volksarmee bei ihrem Rückzug aus Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina viele Produktionsanlagen auf serbisches Gebiet gebracht hat. Aber auch die bosnische Seite kontrolliert einige militärische Fertigungsstätten,<sup>12</sup> während man in Kroatien<sup>13</sup> mit der Unabhängigkeit sofort damit begann, neue Kapazitäten zu schaffen. Vielleicht aber noch wichtiger und zumeist übersehen ist der Sachverhalt, daß Jugoslawien als Lieferant sehr breite Erfahrungen auf den *internationalen Waffenmärkten*, besonders auch mit den grauen Märkten in den achtziger Jahren gesammelt hatte. Gewiß hat diese Vertrautheit auf dem Waffenmarkt es sehr erleichtert, rasch und umstandslos illegale Käufe und Lieferungen erfolgreich zu organisieren. Daß die bosnische Seite bei einigen der politisch eher sensiblen Kunden (Irak, Syrien, Libyen, Algerien etc.) aus den achtziger Jahren deutliche politische Sympathien genießt, dürfte die Waffenbeschaffung zusätzlich erleichtert haben.

### **Die grauen Märkte nach 1990**

Leere Staatskassen weit und breit und das Ende der militärischen Ost-West Konfrontation haben die aufgeblähten rüstungsindustriellen Kapazitäten weltweit stark schrumpfen lassen. Überall wurde versucht, durch forcierte Exporte die erheblichen Einbrüche der Binnennachfrage zu kompensieren.

Weitgehend vergeblich aber, denn die Importnachfrage ist noch stärker geschrumpft und die meisten noch zahlungskräftigen Märkte<sup>14</sup> sind fest in amerikanischer Hand. Den Konkurs vor Augen begehenden Rüstungsunternehmen und staatliche Bürokratien, häufig im Verbund, gravierende Regelverletzungen,<sup>15</sup> um den Export von Waffen sicherzustellen.

In diesem Klima ist es geradezu wahrscheinlich, daß Aufträge aus unproblematischen Ländern nicht darauf geprüft werden, ob die Kriegswaffen nicht in ein drittes Land, vielleicht den südslawischen Kriegsschauplatz umgeleitet werden und die Endverbleibzertifikate gefälscht sind. In Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion dürfte die Disposition sowohl der Industrieunternehmen als auch der Kontrollbürokratie besonders groß sein, bestehende Regeln zu verletzen, wenn sich denn ein zahlungsfähiger Käufer zeigt. Denn die meisten russischen Rüstungsbetriebe haben in den letzten Jahren große Mengen auf Vorrat produziert, zumeist in der vergeblichen Erwartung, daß der Staat die Waffen irgendwann doch abnehmen würde. Allein die Häufigkeit mit der die Zuständigkeiten für den Export von Kriegsgerät in Rußland in den letzten Jahren geändert wurden, läßt die Vermutung zu, daß es sich um ein sehr "dynamisches" Feld außenwirtschaftlicher Aktivitäten handelt. Laut „Iswestija“ vom 23. November 1995 wird Rußland im Jahre 1996 Rüstungsmaterial im Wert von 4 Milliarden DM exportieren.

Der Angebotsdruck schlägt aber nicht nur von der Produktionsseite auf die grauen Märkte durch, vielmehr entsorgen sich zahlreiche Streitkräfte in Industrieländern ganz offiziell durch Weitergabe von überschüssigen Waffen und Gerät, indem sie die second-hand-Ware zu Schleuderpreisen auf den internationalen Waffenmarkt werfen oder aber sich durch Schenkungen an befreundete Staaten ihrer nicht mehr benötigten Waffen entledigen. Es gibt Hinweise darauf, daß dies zumindest im Falle der Türkei, die in den letzten Jahren von den USA und Deutschland geradezu mit Waffen vollgestopft worden ist, eine Kettenreaktion ausgelöst hat. Laut neu eingerichtetem UN-Register sind zwischen 1992 und 94 an die Türkei geliefert worden: 1605 Kampfpanzer, 1121 gepanzerte Fahrzeuge, 284 Artilleriesysteme, 29 Angriffshubschrauber, 124 Kampfflugzeuge, 2 Kriegsschiffe und 1852 Raketenwerfer.<sup>16</sup> Dieses Register erfaßt aber nur Großwaffen. Man kann nur vermuten, wie viele Schiffsladungen sonstiger Ausrüstung und Infanteriewaffen die Türkei noch erhalten hat. Daß man bei solchen Mengen schon mal etwas weiterreichen kann, liegt auf der Hand.

Eine Lieferung ist bekannt, bei der einiges dafür spricht, daß sie zu Teilen nach Bosnien gelangt ist. So hat die Bundesregierung im Rahmen der schamlosen Entsorgung der NVA-Rüstungsbestände (Nationale Volksarmee der Ex-DDR) über 250 000 Kalashnikov-Gewehre samt großer Munitionsreserven an die Türkei geliefert. Dazu muß man wissen, daß die Türkei bestens mit G-3 Gewehren ausgerüstet ist, die in deutscher Lizenz seit langem im Lande gefertigt werden. Außerdem verfügt die Türkei über entsprechende Munitionsfertigungskapazitäten, die mit deutscher Unterstützung errichtet und durch deutsche Munitionskäufe finanziert wurden. Klar



ist auch, daß keine Armee ohne Not einen zweiten Gewehrtyp mit einer anderen Munition einführt. Auch die Bundeswehr wollte dies nicht und hat daher die Annahme des NVA-Erbes verweigert. Aus NATO-Sicht unterläuft diese Lieferung die allseitig angestrebte Standardisierung; und die türkische Rüstungsindustrie war an der Abnahme der eigenen Produktion interessiert. Hätte man in Bonn vor der Lieferung die Frage gestellt, welchen Zwecken dieses Geschenk in der Türkei dienen könnte, hätte man die Gewehre wohl verschrotten müssen. Eine Verwendung bei den türkischen Streitkräften scheidet mit hoher Wahrscheinlichkeit aus. Drei Szenarien einer möglichen Verwendung bieten sich an.

Die Kalashnikovs dienen der Türkei erstens als Spielmasse bei der Umsetzung ihrer Ambitionen als regionale Führungsmacht gegenüber den instabilen, von Bürgerkriegen geplagten Staaten der ehemaligen Sowjetunion; oder zweitens die anti-kurdischen Dorfmilizen werden mit diesen Waffen ausgerüstet, was nicht zu logistischen Problemen für die Armee führen würde. Drittens: in Anbetracht der längst nicht mehr verdeckten Unterstützung der bosnischen Seite durch die Türkei sind ein Teil der Gewehre und/oder der Munition bereits in Bosnien im Einsatz. Kohls früher gelegentlich geäußelter Wunsch, das Waffenembargo gegen Bosnien aufzuheben, hätte sich bei dieser Variante erfüllt, ohne daß Deutschland direkt involviert ist. Angesichts der allseitigen Vertraulichkeit bei Waffengeschäften ist schwer zu belegen, daß dieser Vorgang für das allgemeine Transferklima repräsentativ ist, viele Einzelbeobachtungen und Enthüllungen im Zusammenhang mit der Aufrüstung des Irak vor 1991 sprechen jedoch dafür.

Vielfach findet sich in Berichten über Kroatien der Hinweis darauf, daß in einer frühen Phase der kroatisch-serbischen Konfrontation die christlichen Milizen im Libanon nach Beendigung der Kampfhandlungen im dortigen Bürgerkrieg ihr verbliebenes Waffenarsenal zu großen Teilen an Kroatien verkauft haben. Ähnliche Beobachtungen in Afrika führen zu der Hypothese, daß Waffen nach Beendigung von Bürgerkriegen wieder auf dem grauen Markt landen, vielleicht über die Kanäle zurückfließen, über die sie in das jeweilige Land gekommen waren. Das kann nicht überraschen, denn, wie bereits erwähnt, reiche Industrieländer wie Deutschland<sup>17</sup> und Großbritannien<sup>18</sup> verschrotten ihre Waffenüberschüsse ebenfalls *nicht*, sondern erhöhen den Angebotsdruck so sehr, daß für viele Infantriewaffen die Preise auf den grauen Märkten unter den Produktionskosten liegen. Allerdings gibt es beträchtliche Risikoaufschläge je nach der politischen Sensibilität der illegalen Transaktionen.

Seit Ende des Warschauer Paktes sind die straffen militärischen Strukturen, vor allem in der ehemaligen Sowjetunion in partieller Auflösung. Die schlechte Versorgungslage und der Legitimationsverlust des Staates in den Augen der Streitkräfte haben dazu geführt, daß die grauen Märkte illegal, dezentral aus den Waffenkammern der Streitkräfte alimentiert werden. Zumindest für die Anfangsphase der kriegerischen Auseinandersetzung sind auch einfache Waffen in jenen Ländern beschafft worden, in denen der Verkauf an Privatpersonen nur geringfügig eingeschränkt ist bzw. kontrol-

liert wird, allen voran in den USA, aber auch in einigen Kantonen der Schweiz. In letzteren wurde festgestellt, daß Anfang der neunziger Jahre zum Kauf von Gewehren berechnete Bürger dieser Kantone pro Jahr etwa 5000 "demilitarisierte"<sup>19</sup> Kalashnikov-Gewehre erworben haben. Eine "Remilitarisierung" dieser Gewehre ist für einen Feinmechaniker eine vergleichsweise leichte Aufgabe.

Die große Zahl der in den USA lebenden und nationalistischen Kroaten dürften in den ersten Wochen nach der einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit<sup>20</sup> bei der Beschaffung und Finanzierung von Waffen, besonders der spontanen paramilitärischen Verbände, eine wichtige Rolle gespielt haben. Bei der Implementierung des Waffenembargos wurde sorgfältig zwischen Lieferungen für die Polizeikräfte, die nicht unter das Embargo fallen, und Lieferungen für die Streitkräfte unterschieden. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß laut Importstatistik die kroatische Polizei<sup>21</sup> überdurchschnittlich ausgerüstet ist. So sind gerade einige Eliteeinheiten, wie die 'Tiger von Rakitje', die von der ersten Stunde an eine zentrale Rolle im Krieg gegen Serben gespielt haben, nach wie vor dem kroatischen Innenministerium unterstellt.<sup>22</sup>

Im weiteren Verlauf wurde freilich die illegale Versorgung der kroatischen und bosnischen Streitkräfte mit Waffen zu einem Geschäftsbereich entwickelt, der jährlich mehrstellige Dollarmillionen umsetzt. Das im Gefecht vorgeführte Gerät bis hin zu modernem Laser-Zielgerät belegen dies. Längst geht es nicht mehr nur um den Schmuggel von militärischer Hardware. Jane's Intelligence Review stellt unwidersprochen fest: "Die USA erklärten sich bereit, dabei zu helfen, 'militärische Ausbilder auszubilden', und zwar vermittelt der offenen Gründung einer Firma mit dem Namen MPRI unter der Leitung von zwei im Ruhestand befindlichen Vier-Sterne-Generälen, Carl E. Vourno und Crosbie E. Saint."<sup>23</sup> Und der Feststellung eines amerikanischen Generals ist wenig hinzuzufügen: „The embargo has been lifted in all, but name, to the delight of much of the U.S. policy elite."<sup>24</sup>

### **Zur Ökonomie der Kriegslogistik**

Während Marineeinheiten und Luftaufklärung von NATO-Streitkräften im adriatischen Meer das längste Manöver ihrer Geschichte unter dem Decknamen "Überwachung des Waffenembargos" durchführen, erfahren die Organisatoren der Kriegslogistik aller Kriegsparteien staatsmännische Ermunterung ihrer kriminellen und profitablen Handlungen. Die Liste der Politiker im westlichen Lager, die einer „Gleichheit der Waffen“ das Wort geredet haben und damit die Lösung der Konflikte an eine militärische Intervention delegieren, ist lang. Das Zusammenwirken von drei spezifischen Personengruppen dürfte die vergleichsweise reibungslose Kriegslogistik bewirkt haben. Da ist zunächst der Personenkreis, der die teilweise sehr riskanten Waffenexportgeschäfte Jugoslawiens in den achtziger Jahren organisiert hatte. Dieses Know-how dürfte ein unverzichtbares Element bei der raschen Sicherung von Importen unter Umgehung des Embargos gewesen sein.

Jugoslawien war zweitens eine zentrale Schalt- und Transitstelle des internationalen Drogenhandels für die Versorgung der westeuropäischen Mächte. Die kriminelle Infrastruktur der Drogenökonomie verfügte über internationale Beziehungen, Geldwäsche- und Transfermöglichkeiten und, wohl am wichtigsten, über ein Potential von Personen, die mit erheblicher krimineller Energie auch auf den grauen Waffenmärkten aktiv werden konnten. Dies um so mehr, als das Kriegsgeschehen sehr rasch die Drehscheibenfunktion im Drogenhandel unmöglich machte und die Branche in andere Länder ausweichen mußte. Drittens schließlich trifft es nicht nur für Jugoslawien<sup>25</sup> zu, daß große Emigrantengruppen, vor allem in den USA, sich in vielfältiger Weise in der Kriegslogistik engagiert haben, personell und finanziell.

Es ist kaum zynisch, wenn man konstatiert, daß die einzige konsequente Waffenimportkontrolle im gesamten Kriegsgebiet von kroatischer Seite durchgeführt wird. Kroatien kontrolliert und selektiert die Waffenlieferungen an die bosnische Seite, die sämtlich über kroatisches Territorium transportiert werden müssen. Kroatien zwingt als Zollerhebung regelmäßig einen Teil der Waffen für sich ab und verhindert den Import schwerer Geräte, der im Hinblick auf den kroatisch-muslimischen Konflikt nicht gewünscht wird.<sup>26</sup>

In den vergangenen Monaten erhielt die Forderung nach Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der bosnischen Seite, zunehmend internationale Unterstützung, vor allem in den USA, Deutschland und durch die Liga islamischer Staaten. Dieses internationale Klima war von instrumenteller Bedeutung für die wirkungsvolle Umgehung der eingerichteten Kontrollen zur Einhaltung des Embargos. Als sich jedoch andeutete, daß wichtige Akteure, allen voran die USA, tatsächlich das Embargo aufkündigen würden, Großbritannien und Frankreich im Gegenzug den Abzug ihrer Truppen androhten, zeigte die bosnische Regierung Verständnis für die Position des amerikanischen Präsidenten Clinton, der sich gegen die Aufhebung ausgesprochen hatte. Der Grund ist klar: Einerseits laufen die Waffenlieferungen immer reibungsloser, andererseits ist die Anwesenheit der UN-Truppen auf dem Gebiet Bosnien-Herzegowinas ein geradezu unverzichtbarer strategischer Vorteil für die bosnische Seite, denn sie gestattet operative Flexibilität für offensive militärische Operationen zur Rückeroberung von Gebieten. Über die skeptische Einschätzung der UNO auf serbischer Seite muß man aber nicht erstaunt sein. Vor allem aber kann man sich fragen, wie realistisch es ist, auf eine politische Konfliktlösung zu hoffen, nachdem eine Seite der Kriegspartei sich durch Unterstützung von außen einen hinreichenden militärischen Vorteil verschafft hat.<sup>27</sup>

Einige Vermutungen über die Ökonomie der Logistik des andauernden Kriegsgeschehens sind möglich. Zunächst gilt es festzustellen, daß vielleicht mit Ausnahme der serbischen Seite<sup>28</sup> keine der Parteien über die Ressourcen verfügt, ohne erhebliche Schenkungen oder sonstige Außenbeiträge die militärischen Auseinandersetzungen nun bereits im vierten Jahr zu führen. Immer mehr Produktionskapazitäten wurden zerstört, die landwirtschaftliche Produktion ist auf dem vorherrschenden niedrigen Niveau immer weni-



ger möglich. Auf den grauen Waffenmärkten wird nur gegen Vorauskasse für die Provision und Barzahlung bei Übernahme der Ware operiert.

Da ist zunächst das unlösbare Dilemma humanitärer Hilfe, sie macht mittelbar Gelder für den Krieg frei. Ob Israel, Armenien, Georgien, Kurdistan und nun Kroatien, Serbien (Rest-Jugoslawien) oder Bosnien – der 'Krieg in der Heimat' mobilisiert bei den im Ausland lebenden Angehörigen der Volksgruppe erhebliche finanzielle Mittel, schwemmt Kriegsfreiwillige ins Land. Ein Propagandaapparat stellt sicher, daß die Unterstützung dauerhaft gewährt wird. Fließen die freiwilligen Beiträge nicht ausreichend, werden Steuern bei Angehörigen der Volksgruppe erpreßt. Die politisch-religiöse Affinität zu einer der Kriegsparteien bringt Staaten und Nichtregierungsorganisationen in anderen Ländern dazu, offen oder verdeckt Mittel zu 'Verteidigung der gemeinsamen Sache' bereitzustellen oder in anderer Weise Hilfestellung zu geben. Unheilige Allianzen katholischer, islamischer, pan-slavischer, anti-kommunistischer oder pro-faschistischer Provenienz suchen und finden den 'armen Bruder' in der Unübersichtlichkeit des Kriegsgeschehens und werden zum Mentor einer Gruppierung. Wahrscheinlich ist ferner, daß die jugoslawischen Rüstungsexporterfolge in den achtziger Jahren mit der Gewährung von erheblichen Krediten verknüpft waren. Die Rückzahlung dieser Kredite ist ein unauffälliger Mechanismus, der am nächsten stehenden Kriegspartei Gelder zukommen zu lassen.

Im Falle der bosnischen Seite kann man vermuten, daß die starken Worte, die auf Konferenzen der islamischen Staaten zur Beruhigung der fundamentalistischen Klientel zuhause verkündet, aber nicht in Taten umgesetzt werden, durch diskrete Geldzahlungen zur Finanzierung des bosnischen Staates kompensiert werden.<sup>29</sup> Im Falle der kroatischen Seite ist ein besonderes Wohlwollen seitens der amerikanischen und deutschen Politik erkennbar, was sich in erhöhten finanziellen Spielräumen, Investitionen und Visagewährungen widerspiegelt. Lediglich die Allianzpartner der serbischen Seite sind ökonomisch weniger potent, dafür scheinen sich dynamische gemeinsame Wirtschaftsinteressen in den Grauzonen des Embargos zwischen Rußland und Restjugoslawien entwickelt zu haben. Wichtigster Schauplatz dieser Allianz ist der griechische, 'orthodoxe' Teil Zyperns mit 10 000 Serben und noch mehr Russen, die den größten Teil von über 17 000 Offshore Unternehmen kontrollieren,<sup>30</sup> die auf der Insel registriert sind.

Es liegt in der Natur der Sache, daß hier der Versuch einer Quantifizierung unterbleiben muß. Eindeutig ist nur, daß die Bevölkerung auf dem südslawischen Kriegsschauplatz weder ausschließlich von dem leben kann, was sie derzeit produziert, noch die notwendigen Überschüsse generieren kann, die die Fortsetzung des Krieges täglich absorbiert. Es bleibt als Schlußfolgerung nur, daß Zuflüsse von außen eine Implosion der Kriegsmaschinerien verhindern haben. Mit einer solchen Implosion freilich würde endgültig ein Zustand erreicht, bei dem aufgrund der Zerstörung der reproduktiven Ressourcen die Waffe in der Hand zum einzigen verbleibenden (Re-)Produktionsmittel (durch gewaltsame Aneignung der Lebensmittel) wird. Allgemeiner formuliert, dieser Typus zerstörerischen Bürgerkrieges wird selbst zur Ursache

seiner Fortsetzung. Daher muß eine politische Lösung gefunden werden.

### **Auswirkungen der Kriegslogik**

Stellt man die Frage, weshalb in Jugoslawien die Auflösung des kommunistischen Systems in fürchterliche Bürgerkriege überging, so wird man zunächst das Scheitern des Titoismus, des Versuches eine pluralistische jugoslawische Identität zu schaffen, untersuchen müssen. Die Verfassung von 1974 sah eine weitgehende Dezentralisierung vor und übertrug der Einheitspartei die Kontrolle des Gesamtstaates. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und die Volksarmee wurden zur zentralistischen Klammer auseinanderstrebender Nationalismen.<sup>31</sup> Die Dezentralisierung hat kumulativ das Nord-Süd Gefälle im Lande verschärft. Der serbische Nationalismus hat sich relativ lange mit dem Gesamtstaat identifiziert, in dessen Institutionen Serben weit überrepräsentiert waren. Zum Beispiel waren 70 Prozent der Offiziere der Volksarmee Serben. Als wirtschaftlich weniger entwickelte Teilregion hatten Serben durch die Auflösung des Zentralstaates relativ am meisten zu verlieren, er war so etwas wie der Besitzstand der serbischen Nomenklatura, vor allem war er die wirtschaftliche Grundlage weitgehend alternativer sozialer Mobilität. Erschwerend kam hinzu, daß die Transformationsprobleme der serbischen Industriestruktur, unter anderem durch die zentralistisch geführte Rüstungsindustrie dominiert, ungleich größer waren als etwa in Slowenien.<sup>32</sup>

Die Mobilisierung nationalistischer Ressentiments durch die von Statusverlust bedrohte serbische Staatsklasse folgte einer in vergleichbaren Situationen andernorts ebenso praktizierten Logik. Die aggressive kriegerische Virulenz gewann der Prozeß durch schrittweise Identifikation der Volksarmee mit der serbischen Position gegenüber den konkurrierenden Nationalismen. Der Umschlag in einen 'stabilen' Bürgerkrieg ist der Tatsache geschuldet, daß die Kriegsregionen kleinbäuerlich strukturiert sind und die serbische Bevölkerung von der Volksarmee einseitig mit Waffen versorgt wurde. Keine Wirtschaftsstruktur verfügt über eine vergleichbare "existentielle Elastizität" aufgrund der Eigenversorgungskomponente, besonders wenn es sich um eine so schwach entwickelte Landwirtschaft handelt wie in den Kriegsgebieten. Die politische Aufteilung der Teilrepubliken entsprach nicht der siedlungsgeographischen Situation der konkurrierenden Nationalismen, die bestrebt waren, ihre jeweilige Staatlichkeit territorial konkurrierend zu arrondieren.

Die sich einander ausschließenden territorialen Zielvorstellungen der nationalen Staatlichkeiten im post-kommunistischen Jugoslawien wurden mit Waffengewalt ausgefochten, ohne daß eine Logik der politischen Konfliktlösung sichtbar wurde. Auf zwei Faktoren unter vielen soll hier besonders hingewiesen werden.

Die kleinbäuerliche Bevölkerung muß den Transformationsprozeß eher als Bedrohung wahrnehmen. Die Nomenklatura als einziges realitätstüchtiges Ziel sozialer Mobilität aus der statischen kleinbäuerlichen Umwelt war

weggefallen, einziger Ersatz war die Identifikation mit der nationalen Sache. Soldat sein als Alternative zu beruflicher Perspektivlosigkeit, Statusgewinn als Verteidiger des bedrohten Volkes, Machtausübung als Kompensation für den Verlust an Zukunft, relative physische Sicherheit, weil die Kriege bis in die jüngste Zeit sich vorrangig auf die Terrorisierung der Zivilbevölkerung konzentriert haben. Soldat sein ist zunächst eine attraktive Rolle, die mit der Verstetigung des Kriegsgeschehens alternativlos wird. Besonders die jugendlichen Soldaten sind ohne Ausbildung für eine zivile Tätigkeit, aber selbst die Möglichkeiten einer Rekonstruktion ziviler Gesellschaft vernichtet der Krieg mit großer Gründlichkeit. Eine ganze Alterskohorte bosnischer, kroatischer und serbischer Bauernsöhne ist auf dem Wege, sich einzig mit Gewaltmitteln<sup>33</sup> reproduzieren zu können. Sollte ihr gegenwärtiger Arbeitsplatz, der Kriegsdienst, wegen friedlicher Konfliktlösung entfallen, bleibt dieser Gruppe nur der Weg in die organisierte Kriminalität und die dürfte sich nur andernorts, in den reichen Staaten Europas lohnen.

Vielleicht ist es lehrreich, sich die Folgen der amerikanischen Politik in Afghanistan zu veranschaulichen, um langsam wieder eine Dimension politischer Konfliktlösung zu gewinnen. Die afghanische Opposition wurde über Jahre verdeckt mit amerikanischen Waffen im Wert von mehreren Milliarden US \$ (über-)versorgt, die beteiligten Parteien sahen sich folglich nicht zu einer politischen Lösung gedrängt.<sup>34</sup> Die komplexe Symbiose verschiedenster, jeweils ethnisch organisierter Produktionsweisen in der ökologisch fragilen Bergwelt Afghanistans hat der Krieg unwiederbringlich zerstört. Eine realitätstüchtige Strategie integrierter Entwicklung als Alternative zur blockierten Restauration ist noch nicht einmal in Umrissen erkennbar. Vielmehr verfestigen sich religiöse und ethnische Identitäten, nunmehr ohne reproduktive Basis. Sie sehen zunehmend in dem "anderen" die Ursache für ihre Misere. Spätestens wenn diese Konstellation für handfeste Interessen instrumentalisiert wird, werden die perzipierten Gegensätze gewaltsam ausgetragen. Eine Auflösung dieser Ursachenverkettung, die die Perpetuierung kriegerischer Konflikte zur Folge hat, ist nicht in Sicht.

Die von den USA betriebene *Afghanisierung* oder *Vietnamisierung* der jugoslawischen Konflikte, der Förderung von Kriegsparteien bis zur bedingungslosen Kapitulation der anderen Seite, verstetigt die Gewalt. Europa als Zivilmacht<sup>35</sup> muß sich mit Alternativen von dieser Politik absetzen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bleibt die zähe, an Menschenrechten orientierte Suche nach Elementen einer politischen Lösung. Dies setzt jedoch zweierlei voraus: eine gleichgewichtige Analyse des Kriegsgeschehens und die Bereitschaft, gleichgewichtig eine wirtschaftliche Perspektive für den Aufbau einer Zivilgesellschaft anzubieten; sonst kann der Krieg nicht entsorgt werden und weitet sich in geographisch benachbarte Räume aus.

## Anmerkungen

- 1 Es sind dies die bosnischen Streitkräfte, die Streitkräfte der bosnischen Serben, der bosnischen Kroaten, der Kraina-Serben, des Bosniers Abdic in der Region Bihac, Kroatiens und der Föderation Jugoslawien.
- 2 Im Zeitraum Juli 1993 bis Juli 1994 waren 26 000 Handelsschiffsbewegungen zu überwachen, 3000 davon wurden einer Inspektion unterzogen. Der technische Ablauf der Kontrolle zur See und in der Luft ist beschrieben in: Mike Wells 'Monitoring and Enforcing the Adriatic Embargo'. In: Navy International, Nov./Dec. 1994 S. 299-302; sowie: ders. 'Looking for a Few Square Metres in a Million Square Miles'. In: a.a.O. S.303-305.
- 3 Die US-Armee war im Golfkrieg ihr eigener, einziger Protokollant, bis heute wissen wir nicht, was im Golfkrieg wirklich geschah. Der Satz, daß die Wahrheit das erste Kriegsopfer ist, wird zwar häufig wiederholt, so auch hier, bleibt aber folgenlos. Auch im nächsten Krieg werden die amerikanischen Feldherren nach Belieben Pressetribünen neben dem Schlachtfeld aufschlagen oder das Geschehen total verdunkeln. Das hat selbstverständlich Schule gemacht.
- 4 Auch wenn tausendfach in den Geschichtsbüchern vom Ausbruch des 1. und des 2. Weltkrieges die Rede ist, richtig ist, daß sie beide planmäßig begonnen worden sind. Mögen Krieg und Hunger von unschuldigen Opfern auch als Ausbruch, als unerklärtes Schicksal empfunden werden, so sind sie doch konkret von Menschen verursacht worden. Ein Krieg ist immer das Ergebnis einer aggressiven Handlung, regelhaft zettelt ihn irgend jemand an, dem er als ein geeignetes Mittel zu Erreichung eines politischen Zieles erscheint.
- 5 Es wird zumeist übersehen, daß die kroatische Einnahme der von Serben besiedelten Kraina die Streitkräfte der bosnischen Serben um vielleicht bis zu 30 000 Mann verstärkt hat. Militärbeobachter haben die Ansicht geäußert, daß daher ohne das entlastende, neuerlich massive Eingreifen der NATO rund um Sarajewo die militärische Lage für die bosnische Armee in diesen Monaten sehr kritisch geworden wäre. Siehe: Roderick de Normann 'Jane's Intelligence Review, Nov. 1995, S.495-499.
- 6 Siehe hierzu jetzt auch den Beitrag von Charles G. Boyd, bis Juli 1995 stellvertretender Kommandeur des U.S.Streitkräfte in Europa. Charles G. Boyd, 'Making Peace with Guilty?'. In: Foreign Affairs, oct./nov., 1995, No.5 S.22-38, hier: S.32.
- 7 Siehe: Michael Rose 'A Year in Bosnia: What has been achieved?' In: RUSI Journal, June 1995 S.22-25. Zur Rolle der Presse schreibt er (S.25) "...Wenn die Medien verfälschend Bilder des Krieges zeigen, die Fakten übertreiben oder Meinungen verdrehen, dann besteht natürlich ganz realistisch die Gefahr, daß die internationale Politik sich auf Propagande und Rhetorik anstelle von Praktikabilität und Wirklichkeit gründet. Die Berichterstattung und Kommentare einiger Angehöriger des Pressekorps in Sarajewo waren wiederholt nahe daran, mit der Propagandamaschine der bosnischen Regierung identifiziert zu werden. Es ist absolut unverständlich, daß die internationalen Medien Teil dieser Maschine werden sollten. ..." (Übers. P.L.)
- 8 Wer General Rose, Teilen der deutschen Presse folgend, als pro-serbisch abstempelt, lese über diesen Sachverhalt bei Boyd a.a.O. In: Foreign Affairs nach.
- 9 Zu Einzelheiten der titoistischen Militärdoktrin siehe: John Keegan (ed.): 'The Armies of the World', London (MacMillan), 1983, 2.Aufl.
- 10 Siehe hierzu und zum folgenden Abschnitt zur Rüstungsindustrie: Milan Vego: 'The New Yugoslav Defence Industry - Part 1', in: Jane's Intelligence Review, Nov. 1993, S. 502-505; sowie Teil 2 in: Jane's Intelligence Review, Dec. 1993, S.541-546.
- 11 Naturgemäß werden extrem unterschiedliche Angaben über die tatsächliche Höhe der jugoslawischen Rüstungsexporte in den achtziger Jahren gemacht. Vego (a.a.O. S.503) nennt 20 Mrd US \$, ACDA (=US Abrüstungsbehörde), deutlich weniger als eine



- Milliarde US \$ pro Jahr. In jedem Falle war es ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in der chronisch kriselnden Volkswirtschaft, der sich fest in der Kontrolle einer zentralistisch operierenden Nomenklatura befand. Unwirtschaftliche industrielle Arbeitsteilung zwischen den Republiken war aus Kontrollgründen gewollt.
- 12 Über den Bau gepanzerter Fahrzeuge und Munitionsfertigung berichtet die Österreichische Militärzeitschrift. ÖMZ 2/94 S.172 und ÖMZ 6/94 S.634.
  - 13 ÖMZ 6/91 S.496.
  - 14 Taiwan, für die USA ein besonders schwieriges Terrain, ist eine der wenigen Ausnahmen, die Frankreichs Rüstungsindustrie bislang vor dem totalen Absturz bewahrt hat.
  - 15 Am Beispiel Großbritanniens ist das umfassend dokumentiert in: World Development Movement: 'Gunrunners gold - How the public's money finances arms sales', London, May 1995.
  - 16 Siehe: BASIC Report No.93.3 'Fueling Balkan Fires', Washington D.C. 1993 und BASIC Press Release v. 11.07.1995.
  - 17 Deutschland verkauft und verschenkt die Waffenbestände der ehem. NVA sowie seine erste Generation Leopardpanzer und ist daher seit der Wiedervereinigung der dritt- bzw. zweitgrößte Rüstungsexporteur weltweit. Siehe: SIPRI Yearbook 1995, Oxford University Press 1995, S.493.
  - 18 Großbritannien verkauft diskret riesige Mengen militärischen Gerätes und Waffen. Angesichts der aggressiven kommerziellen Exportphilosophie des britischen Verteidigungsministeriums kann man davon ausgehen, daß ein erheblicher Teil letztlich in die Hände von Akteuren auf grauen Märkten gelangt. Siehe: 'UK ready for biggest arms sale since 1945', in: Financial Times 24.3.1993 S.14.
  - 19 Demilitarisiert heißt auf Einzelfeuer umstellen und den Mechanismus für die automatische Feuerfolge entfernen. Siehe: Ksenia Gonchar, Peter Lock: Observations on the Global Supply of Arms', Working Paper 84 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung der Universität Hamburg, 1994.
  - 20 Die militärische Entwicklung in der Anfangsphase, die dadurch gekennzeichnet war, daß sich die jugoslawische Volksarmee schrittweise in ein Kampfinstrument der Serben transformierte, ist umfassend nachgezeichnet in: Anton Bebler 'Der Krieg in Jugoslawien 1991-1992'. In: ÖMZ 5/92 S.397-410.
  - 21 Einer der ersten größeren Waffenzuflüsse Kroatiens war der Import von großen Mengen automatischer Gewehre aus den Beständen der gerade aufgelösten ungarischen Betriebsmilizen, natürlich um die Polizei (!) damit auszurüsten.
  - 22 Siehe hierzu den instruktiven Bericht von Norman Erik: 'The Croatian Guards brigades'. In: Jane's Intelligence Review, Oct. 1995, S.438-442. Formal unterliegt das Innenministerium nicht dem Waffenembargo.
  - 23 Erik a.a.O. S.441.
  - 24 Boyd a.a.O. S. 30f.
  - 25 Ein ähnlich gelagerter Fall ist Armenien. In der Auseinandersetzung mit Azerbaidjan sind Remigranten und im Ausland lebende Armenier die treibenden Kräfte.
  - 26 Die verfügbaren Informationen über derartige Waffenlieferungen werden zweimonatlich sehr sorgfältig von Gustav A. Gustenau in der Österreichischen Militärzeitschrift unter der Überschrift 'Die Neuordnung des südslawischen Raumes' protokolliert. Dort wurden auch die Presseberichte über Waffenabwürfe eines NATO-Landes über dem Flughafen von Tuzla diskutiert.
  - 27 Zur schwierigen Frage des Waffenembargos: ÖMZ 1/95 S.59.
  - 28 Die serbische Seite profitiert davon, daß die jugoslawische Volksarmee lange für den Einheitsstaat in kommunistisch-titoistischer Form optiert hatte, dann aber sehr rasch zu einem Instrument serbischer Politik wurde. Bei dem Rückzug auf serbisches Gebiet gelang es in Slawonien nahezu vollständig, in Kroatien zu einem erheblichen Teil, ebenso in Bosnien-Herzogowina die Waffenbestände der Armee und der Territorialverteidigung auf serbisch kontrollierte Gebiete zu bringen. Ua. Bebler a.a.O.

- 29 Zahlenangaben hierzu stammen aus den früher extrem anti-kommunistischen, heute modisch und alarmistisch anti-islamistischen Militärstrategiemedien in den USA, wie Defense & Foreign Affairs Strategic Policy. Gelegentlich geraten sie von dort in die breitere Presse. Hier wird auf die Wiedergabe verzichtet.
- 30 Siehe: François Chipaux: 'Les mystérieuses activités des Serbes et des Russes à Chypre', in: Le Monde 17.8.1995.
- 31 Die zeitliche Abfolge dieses Desintegrationsprozesses ist übersichtlich skizziert in: Heinz Vetschera, Andrea Smutck-Riemer: "Signale" zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung zur Jugoslawien-Krise. In: ÖMZ 1/1993 S.17-25.
- 32 Hier bietet sich der Vergleich mit Tschechien und der Slowakei an, die ähnliche Strukturunterschiede aufweisen, gleichwohl aber die Trennung unblutig vollzogen haben.
- 33 Eine historische Parallele gibt es in Deutschland. Junge Männer, die von der Schulbank zur Waffen-SS kamen, sind aus der Gefangenschaft kommend in die französische Fremdenlegion eingetreten und haben in Vietnam und Algerien Frankreichs Kolonialkriege geführt. In der zivilen Nachkriegsgesellschaft sahen sie sich chancenlos.
- 34 Siehe hierzu jetzt: Diego Cordovez, Selig S.Harrison: 'Out of Afghanistan. The inside Story of the Soviet withdrawal', London (Oxford) 1995.
- 35 Siehe u.a: Christoph Butterwegge, Martin Grundmann (Hg.): Zivilmacht Europa. Friedenspolitik und Rüstungskonversion in Ost und West. Köln 1994.



**Monatsmagazin für neue Politik**

Das Einzelheft mit 92 Seiten kann bestellt werden für 12 Franken (plus 2 Franken Porto, Betrag in Briefmarken beilegen) bei:

MOMA, Postfach, 8031 Zürich  
Tel. 01/272'90'10  
Fax 01/273'02'12

Ein Probeabonnement für drei Nummern kostet 20 Franken

**— KRIEG UND FRIEDEN**

— DISKUSSIONEN UND STREITGESPRÄCHE

**— ARMEEABSCHAFFUNG HEUTE**  
PAZIFISTISCHER TRAUM ODER  
HISTORISCHE NOTWENDIGKEIT?

**— PAZIFISMUS ADE?**  
DIE FRIEDENSBEWEGUNG IM AUS?

**— HILFSWERKE IN DER ZWICKMÜHLE**  
ZWISCHEN HUMANITÄREER HILFE UND  
FRIEDENSARBEIT